

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag vom 6. Februar 2015

Ort: Sächsischer Landtag

Anwesende Mitglieder:

Landesvorstand: Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Jayne-Ann Igel, Heiko Kosel, Silvio Lang, Tilman Loos, Verena Meiwald, Heinz Pingel, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

Fraktion: Marco Böhme, Mirko Schultze, Marion Junge, Annekatrien Klepsch, André Schollbach, Sarah Buddeberg, Lutz Richter, Verena Meiwald, Klaus Tischendorf, Rico Gebhardt, Nico Brünler, Klaus Bartl, Horst Wehner, Kerstin Köditz, Enrico Stange, Luise Neuhaus-Wartenberg, Cornelia Falken, Anja Klotzbücher

Entschuldigte Mitglieder:

Landesvorstand: Stefan Hartmann, René Jalaß, Claudia Jobst, Susanna Karawanskij, Sabine Pester, Efstathios Soudias, Juliana Zybul, Kevin Reißig, Heiko Rosenthal

Fraktion: Kerstin Lauterbach, Juliane Nagel, Falk Neubert, Janina Pfau, Jana Pinka, Susanne Schaper, Franz Sodann, Sebastian Scheel, Kathrin Kagelmann

Gäste:

Johannes Kiess (Universität Leipzig, Institut für Soziologie), Thomas Dudzak (Mitarbeiter Landesgeschäftsstelle), Sandy Hengst (Mitarbeiterin Fraktionsgeschäftsstelle), Ralf Becker (Landesrat), Thorsten Steckel (Fraktionsgeschäftsführer), Robert Wünsche (Mitarbeiter Landesgeschäftsstelle)

Erstellung der Niederschrift:

Juliana Schielke

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- B 4 – 244 Erklärung des Landesvorstandes zu Pegida in Dresden
- Beschluss 2015/16 des Parteivorstandes: Keine Zweideutigkeiten – Flagge zeigen gegen Rassismus und Rechtspopulismus
- Jochen Mattern: „Wir sind ein Volk!“ – Über Pegida – ein fatales Erbe der friedlichen Revolution
- Rosa Luxemburg Stiftung: Zerfall des Mythos von der „Mitte“
- Gerd Wiegel: Bürgerbewegung von rechts – Die PEGIDA-Proteste und ihre Ursachen
- Schreiben des sächsischen Landtagspräsidenten zum Dialogforum „Miteinander in Sachsen“

Tagesordnung:

1. „Rechtsextremismus der Mitte“ – Ursachen für Pegida & Co
 - Impuls von Johannes Kiess, Universität Leipzig, Institut für Soziologie
 - Möglichkeiten für direkte Nachfragen zum Vortrag
 - Offene Debatte zum Umgang der LINKEN mit Pegida und AfD
2. Arbeitsschwerpunkte der Landtagsfraktion für das Jahr 2015 und darüber hinaus
 - Impulse von den ArbeitskreisleiterInnen
 - Offene Debatte zu den Schwerpunktsetzungen

TOP 1 – „Rechtsextremismus der Mitte“ – Ursachen für Pegida & Co

Impuls von Johannes Kiess, Universität Leipzig, Institut für Soziologie

→ siehe Präsentation von Johannes Kiess

Möglichkeiten für direkte Nachfragen zum Vortrag

- es gibt bis auf die AfD heute keine wirkliche Etablierung rechtspopulistischer Parteien; diese konnten bisher gut stigmatisiert werden; das sollte auch nicht aufgegeben werden
- Wäre es ideal, dass wir uns als LINKE von der AfD abgrenzen? Wie wird das eingeschätzt? – dort, wo Themen rechter Parteien aufgenommen worden sind, konnten sich diese Parteien besser etablieren
- die Fallzahlen sind sehr niedrig, aber sie erscheinen plausibel
- Ist der Begriff Ideologie noch tauglich? – man kann bei der autoritären Einstellung von etwas Geschlossenem sprechen
- es ist überraschend, dass linke WählerInnen anscheinend so wenig Ängste hätten; das Gefühl dafür ist ein anderes – hierbei wird die Angst im medizinischen Sinne (psychische Verfassung) gemessen, nicht die Angst vor sozialem Abstieg
- auf die Einstellung der Menschen einzugehen, ist schwieriger als auf deren Sorgen und Ängste
- Gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen Stadt und Land? – ja, den gibt es

Offene Debatte zum Umgang der LINKEN mit Pegida und AfD

- die Politik der CDU hat nicht nur versagt, sondern es ist Ausgrenzung gefördert worden; das sollte auch in diesem Papier zum Ausdruck kommen
- es fehlt der bundes- und europapolitische Zusammenhang
- wir lehnen im Landtag nicht konsequent alle Anträge der AfD ab; sie haben einige unserer Anliegen konsequenter aufgegriffen
- es wird oft gefragt, warum das in Sachsen so ist; mit dem Papier wollen wir eine Antwort liefern
- kein Landesverband der CDU ist so offen homophob und konservativ wie der in Sachsen; wir sollten deshalb deutlich machen, dass es hier um die Politik der sächsischen CDU geht
- die Proteste finden nicht nur in Dresden und Leipzig statt; das sollten wir hier auch so benennen
- wir müssen die feinen Unterschiede zwischen Pegida und Legida aufnehmen
- im Beschluss des Parteivorstandes wird gesagt, dass wir eine neue gesellschaftliche Bewegung brauchen, aber es wird nicht gesagt, wie wir zu dieser Bewegung kommen
- wir sind inhaltlich noch gar nicht an dem Punkt, etwas beschließen zu können
- das Papier ist zu kurz gegriffen, denn es zeigt nicht unsere Defizite aus den letzten Jahren
- das Papier soll noch nicht der Weisheit letzter Schluss sein; auch wenn es als zu kurz gegriffen gelten könnte, müssen wir versuchen, Wege dafür zu finden
- wir versuchen gerade, eine neue Tonalität in der Öffentlichkeit zu finden
- wir haben uns in der Rolle der Opposition gut eingerichtet
- es herrscht eine klare Entpolitisierung im Freistaat; wir haben es gesehen, aber keine Zuspitzung im Wahlkampf dafür gefunden; das ist eine Aufgabe für die nächsten Jahre, wenn wieder mehr Menschen zur Wahl gehen sollen; wir müssen eine konkrete Alternative bieten, nicht nur parlamentarisch, sondern auch gesellschaftlich
- uns fehlt die Anbindung an die konkreten Probleme
- da, wo bereits ein Willkommensbündnis für Flüchtlinge existiert, müssen wir es unterstützen und da, wo es noch kein Willkommensbündnis gibt, müssen wir dafür sorgen, dass eines gegründet wird
- die Beschlusspunkte sind richtig, aber zu unkonkret
- es besteht die Gefahr, dass man einfach etwas abhandelt, indem man etwas beschließt
- wir müssen uns als Partei anders aufstellen
- wer für die AfD kandidiert, ist für uns kein Gesprächspartner mehr
- zwischen 10 und 15 % wählen in diesem Land Rechts (NPD und AfD); das zeigt sich jetzt mit den Protesten auf der Straße
- es gibt eine falsche Schlussfolgerung, nämlich „Die Ausländer sind schuld.“; es ist nun unsere Aufgabe, deutlich zu machen, dass dies falsch ist
- die CDU hat wesentliche Schuld an diesem Zustand in Sachsen
- der Wahltermin in den Sommerferien war massiv demokratiefeindlich
- die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Regierenden liegt in den moralischen Wertvorstellungen

- wir schaffen es nicht mehr, die notwendige Wirkung zu erzielen; das liegt nicht nur am Alter der Parteimitglieder, sondern auch an veränderten Medien
- aus der Fraktion heraus gehen viel mehr und leichter Türen auf; das müssen wir für uns nutzbar machen
- wir sind hier ein kleiner elitärer Kreis; für die Basis ist so ein Beschluss ein Handlungsrahmen, den wir brauchen; wir bekommen zahlreiche Anrufe, dass wir sie zum Thema Asyl im Stich lassen, weil wir keine klare Linie vorgeben

folgende Änderungen werden vorgenommen:

- Einfügung „sächsische“ CDU
- Streichung von: „[...]“, die nun besonders deutlich bei Legida in Leipzig zum Ausdruck kommen, aber auch im Kern des verbliebenen Orga-Teams von Pegida.“
- Verwendung von „Pegida & Co.“
- Einfügung des Beschlusspunktes: „Wir sind die Lobby derer, die in der Gesellschaft keine Lobby haben. Genau deshalb werden wir die Zuspitzung in der herrschenden Politik im Freistaat suchen.“
- Einfügung des Beschlusspunktes: „Wir werden die vor Ort bestehenden Willkommensbündnisse unterstützen und, wo notwendig, Willkommensbündnisse begründen.“
- Änderung des Beschlusspunktes: „DIE LINKE. Sachsen wirbt weiterhin für ihre sozialpolitischen Konzepte für ein Leben in Menschenwürde für alle Menschen in Sachsen und ihre Vorschläge zur Erweiterung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Wir machen deutlich, dass der Riss in der Gesellschaft zwischen oben und unten verläuft und nicht zwischen In- und AusländerInnen.“
- Änderung von „Integration“ in „Situation“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Einladung des Landtagspräsidenten zum Dialogforum „Miteinander in Sachsen“ am 10.03. und 21.04.2015

- wir sollten uns nicht an einer Alibiveranstaltung der CDU bzw. der Staatsregierung beteiligen
- es gibt für die Beteiligung an diesem Forum ein Bewerbungsverfahren, an dem Jede/r teilnehmen kann; beim letzten Mal war auch ein Kreisvorsitzender der NPD dabei
- wir wollen im Vorfeld eine klare Aussage dazu, inwiefern Flüchtlinge und MigrantInnen an diesem Forum beteiligt werden
- wir sollten offen und deutlich kommunizieren, warum wir daran nicht teilnehmen werden
- wir werden uns mit freundlichen Worten verweigern

Aufruf „Solidarity with the refugees – for a better life together“

Silvio Lang:

- Asylsuchende in Sachsen haben sich getroffen und versuchen, selbst ihre Forderungen zu artikulieren, um eine Stimme zu entwickeln
- dazu findet am 28.2. in Dresden eine Demonstration statt, die wir auf allen Ebenen unterstützen sollten
- es ist keine Anti-Pegida-Demo
- es wird bundesweit dazu mobilisiert

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich beschlossen.

Preis für Willkommenskultur

- soll am 20. Juni zum Weltflüchtlingstag vergeben werden
- die Preisgelder sollen aus den Spenden der Abgeordneten finanziert werden
- wird mehrheitlich befürwortet

TOP 2 – Arbeitsschwerpunkte der Landtagsfraktion für das Jahr 2015 und darüber hinaus

Impulse von den ArbeitskreisleiterInnen

- die ArbeitskreisleiterInnen stellen ihre Themenschwerpunkte vor

Arbeitskreis I:
Soziales, Familie, Verbraucherschutz,
Gesundheit, Inklusion und Jugend

Buddeberg, Pfau,
Schaper, Wichner,
Lauterbach

Hartz IV

UN-Behindert
konvention

Veteranen/
Rückkehrer
Nachbetreuung?

Rettungsdienst

Impfpflicht

Antirassismus

Grenzüberschreit.
Rettungsdienste

Frauen-
schutz häuser

Eugnetkomm.
zum Thema
Pflege

Familien-
Politik

Arbeitskreis II:
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Energie,
Haushalt und Finanzen

Drunkler, Sched-
tischendorf,
Menzel, Böhm,
Kühnhaushausberg

Rüstung/Militär
Standorte
(Sachsen)

Struktur-
wandel
Lausitz

Personal-
konzept
Staatsverwaltung

Novellierung
Klimaschutz-
konzeptes

Vergaberecht

Begrenzg.
Leiharbeit

Neugestaltg.
Förderricht-
linien

Koordination
Schule und
Unternehmen

Meister-
brief

Mindest-
lohn

Föderalis-
reform/
Länderfinanz-
ausgleich

Fachkräfte-
mangel

Russland-
Sanktionen

TTIP

ÖPNV
SPNV

Arbeitsschutz

Kampagne
„so geht's anders“

Sorbeneuropolitik **PV-Kampagne PREKARIAT** 25 Jahre deut. Einheit Rechte Ostdeutsche

Wissenschaft, Bildung, Kultur, Medien und Sport

Handwritten notes: Mewald, Junge, Nipst, Kitzler, Sodann

70 Jahre d. Befreiung (8. Mai)

Kinder/Jugend mit Migrationshintergrund

Kulturraumgesetz

Hochschulfreiheitsgesetz

Lehrerpersonal

Schulgesetz

Weiterbildungsgesetz

Sport (GA)

Kita Gesetz

polit. Bildung

magnumkollon Art.-Nr. 10 271 01

Arbeitskreis IV:
Verfassung, Recht, Inneres und Kommune

Handwritten notes: Bardi, Köhler, Vogel, Stange, Schulte, Renke, Schollbach

Bürger/Volksentscheide Demokratieoffensive

Wohnen und Bauen

Versammlungsgesetz

Friedenspolitik (Landesebene)

Evaluierung Justizbereich

Asyl

Demograf. Wandel

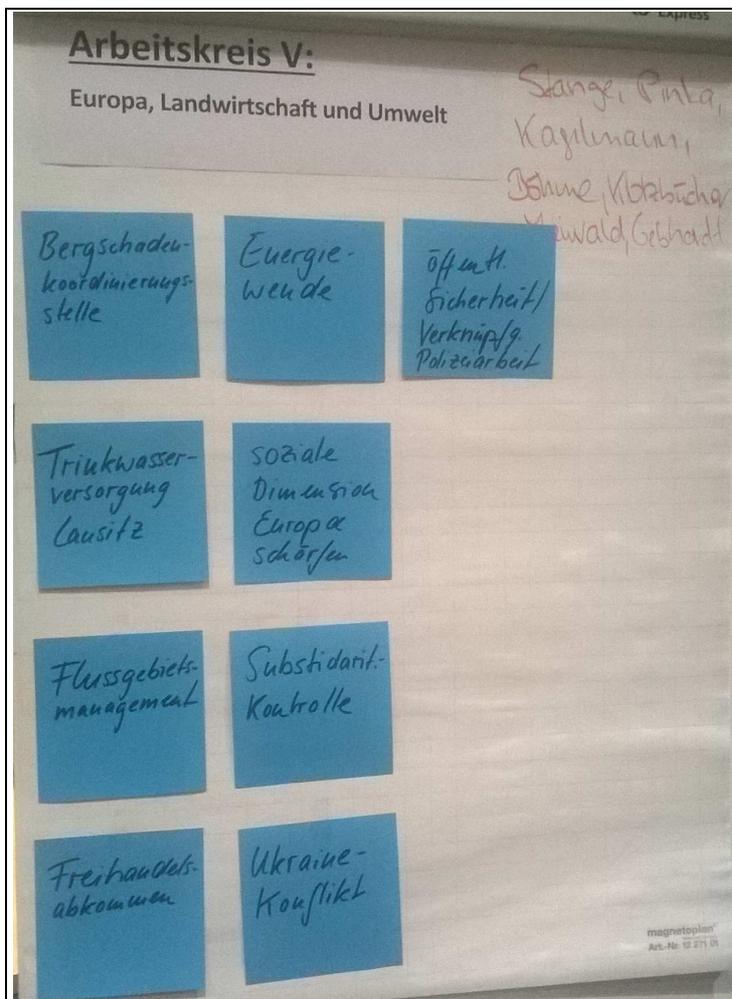
Evaluierung Polizeireform

Novelle söchs. Kommunalrecht

UA zu NSU

Feuerwehr/ Rettungswesen

Demokratie Mitbestimmungsmöglichkeiten



Offene Debatte zu den Schwerpunktsetzungen

- bei so vielen Themen ist es kaum möglich, noch Ergänzungen vorzunehmen
- die gemeinsame Aufgabe von Partei und Fraktion liegt darin, die Themenschwerpunkte herauszunehmen, die auch außerparlamentarisch bespielt werden sollen
- wir müssen darauf achten, dass unsere Themen auch nach außen hin kommuniziert werden können; nicht alles, was für uns hier wichtig ist, ist auch für die Menschen draußen wichtig; wir sind darauf angewiesen, dass uns die GenossInnen in den Ortsgruppen sagen, was geht und was nicht
- die 4 RegionalmitarbeiterInnen gehören hier eigentlich auch mit an den Tisch, denn sie müssen das draußen verkaufen, was wir hier drinnen machen
- wir müssten uns überlegen, was für uns das Imageprägende in diesem Jahr in unserer Öffentlichkeitsarbeit sein soll
- viele Themen sind im Parlamentsbetrieb notwendig, aber nicht öffentlichkeitswirksam
- es wird vorgeschlagen, dies online aufzubereiten, damit alle Nichtanwesenden auch mitwirken können
- es wird vorgeschlagen, dass zu den Beratungen der Fraktion zu diesen Themenschwerpunkten mehrere Landesvorstandsmitglieder teilnehmen; umgekehrt werden die ArbeitskreisleiterInnen zur Landesvorstandsklausur eingeladen, um die gemeinsamen Themen zu erarbeiten; weiterhin kann auch die Strategiekonferenz und alle Umfeldberatungen genutzt werden

F.d.R.

Dresden, 12.02.2015

Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin